

4. Sicher leben

- Weiterer Ausbau der Präsenz von **Polizei vor Ort**, um das Sicherheitsgefühl der Menschen weiter zu erhöhen.
- Sicherung der Spitzenstellung der hessischen Polizei bei der technischen **Ausstattung** der Beamten und der Ausrüstung zur Verbrechensbekämpfung.
- Anwendung **modernster Fahndungsmethoden**, um die Aufklärungsquote von Straftaten weiter zu steigern.
- Ausbau und Weiterentwicklung der sog. „**Facebookfahndung**“ unter Berücksichtigung des Daten- und Persönlichkeitsschutzes, um die Strafverfolgungsbehörden künftig in die Lage zu versetzen, bei der Strafverfolgung auch die neuen Medien effektiv nutzen zu können.
- Schutz der Bürger vor kriminellen Methoden und Cybermobbing im Internet durch Aufbau einer „**Internetwache**“, in der Cybercops und Staatsanwälte gemeinsam gezielt fahnden und verfolgen.
- Zusammenarbeit von Forschung, Wirtschaft und Verwaltung zur Steigerung und Gewährleistung, Koordinierung und Intensivierung der **IT-Sicherheit**.
- Einführung einer **Meldepflicht bei erheblichen IT-Sicherheitsvorfällen** für Telekommunikationsunternehmen und Betreiber kritischer Infrastrukturen, um staatlicherseits schnell und gezielt handeln zu können.
- Konsequenter Ausbau der **Videoüberwachung** im öffentlichen Raum zur Vermeidung und Bekämpfung von Straftaten an Kriminalitätsschwerpunkten.
- Ausbau präventiver Maßnahmen und der Präventionsarbeit auf Grundlage des landesweit erfolgreichen Modells „**Netzwerk gegen Gewalt**“.
- Evaluation, Weiterentwicklung und Stärkung des **Freiwilligen Polizeidienstes**.
- Ausbau und Weiterführung **länderübergreifender Zusammenarbeit** von Polizei und Behörden.
- **Konsequente Verfolgung** von Extremismus jeder Art, um das friedliche und freie Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger in Hessen zu gewährleisten.
- Fortführung des „**Kompetenzzentrums Extremismus**“ durch Bündelung aller Maßnahmen zur Bekämpfung von rechts-, links- sowie religiös motiviertem Extremismus.
- Bekenntnis zum **Verfassungsschutz**, um Rechts- wie Linksextremismus, islamistischen Terror oder ausländische Spionagetätigkeit wirksam bekämpfen zu können.
- Vorstoß mit anderen Ländern zur **Strafbarkeit** linksextremer und noch nicht unter Strafe gestellter rechtsextremer **verfassungsfeindlicher Symbole**.
- Stetige Weiterentwicklung des **Anti-Terror-Konzepts**, wie z.B. konsequentes Vorgehen gegen Salafisten.
- Entwicklung eines „**Aussteigerprogramms Islamismus**“ nach Vorbild der erfolgreichen Programme zum Ausstieg aus anderen verfassungsfeindlichen Gruppierungen.
- Durchführung schneller und strenger **Vereinsverbote für salafistische sowie links- und rechtsextremistische Vereine und andere Gruppen**, welche die demokratische und freiheitliche Grundordnung sabotieren.
- Ausweitung der Maßnahmen zum **Opferschutz** mit Betroffenen sowie relevanten Vereinen und Verbänden (wie z.B. dem Weißen Ring), gegebenenfalls im Wege bundesweiter Initiativen und Maßnahmen zum Schutz vor Mobbing, auch im Netz.
- Intensivierung der **Bekämpfung von menschenverachtenden Deliktsformen** wie z.B. Menschenhandel, Zwangsprostitution, Pädophilie oder Kinderpornographie durch Zusammenwirken aller relevanten Sicherheitsstellen.
- Schaffung eines Aktionsbündnisses „**Sicherheit in Bussen und Bahnen**“ mit allen Verkehrsgesellschaften, das neben der Sicherheit auch die Ziele Ordnung und Sauberkeit verfolgt.
- Landesweite Kampagne unter Mitwirkung von Wohnungsgesellschaften, Ordnungsämtern und Sicherheitsfirmen, um gezielt **Wohnungseinbrüchen** vorzubeugen.
- Umsetzung von Maßnahmen und Konzepten zur Eindämmung von **Gewalt bei Sportveranstaltungen** in Stadien oder bei sonstigen Großereignissen.

- **Ablehnung jeglicher Versuche zur Entkriminalisierung** von Delikten wie Ladendiebstahl, Schwarzfahren, Drogenmissbrauch, Schmierereien etc.
 - Konsequente Durchsetzung des **Vermummungsverbot**es bei öffentlichen Versammlungen.
 - Bekenntnis zum **Bundeswehrstandort Hessen** als bedeutsamer Pfeiler der Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland.
-
- Erhalt einer **flächendeckenden Gerichtsstruktur** für alle Gerichtszweige. Wir werden die Ausweitung von auswärtigen Gerichtstagen gerade in strukturschwachen Gebieten gründlich und umfassend prüfen.
 - Einsatz zur **Erhaltung des Standortes des Bundessozialgerichtes in Kassel**, der für uns größte Priorität hat.
 - Einrichtung weiterer **Häuser des Jugendrechts** zur Bekämpfung der Jugendkriminalität.
 - Nutzung von so genannten „**Teen-Courts**“, um das Rechtsempfinden junger Menschen zu stärken.
 - Konsequente Anwendung des **Warnschussarrests** zur schnellen und gezielten Abschreckung jugendlicher Straftäter.
 - Errichtung einer eigenen **Jugendarrestanstalt für Nordhessen**, in Ergänzung zu den bestehenden Einrichtungen.
 - Wiederherstellung des Regel-Ausnahme-Verhältnisses bei der Anwendung von **Erwachsenenstrafrecht** bei Jugendlichen, so dass Heranwachsende in der Regel nicht mehr nach „**Jugendstrafrecht**“ verurteilt werden. Das Strafgesetzbuch hat auch in diesem Bereich ausreichend Möglichkeiten, eine angemessene Strafe auszusprechen.
 - Aufnahme weiterer **Strafformen** (z.B. Führerscheinentzug auch außerhalb von Straßenverkehrsdelikten) neben Geld- und Freiheitsstrafen in das Strafgesetzbuch.
 - Eindämmung und Bekämpfung der **illegalen Paralleljustiz** (z.B. sog. Scharia-Richter), gemeinsam mit islamischen Gemeinden und Autoritäten. Unterstützung einer Reform des Personenstandsgesetzes zur Stärkung der Rechte von Frauen und zum Schutz vor Zwangsehen.
 - Unterstützung einer Gesetzesinitiative, die Frauen - so genannten „Importbräuten“ - einen eigenen **rechtlichen Aufenthaltsstatus** gewährt, um sie aus ihrer Notlage zu befreien.
 - Stärkung juristischer Inhalte im Schulfach „**Politik und Wirtschaft**“, um Verständnis für unsere rechtsstaatliche und freiheitliche Demokratie zu wecken.

Quelle:

<http://www.cduhessen.de/inhalte/1026377/4-sicher-leben/index.html>

Druckdatum:

15.09.2013 14:01